Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie leben!

Landes-Demokratiezentren

im Bundesprogramm „Demokratie leben!“
Regional vernetzt für Demokratie und Vielfalt

Inhalt

Die Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

8 Baden-Württemberg
12 Bayern
16 Berlin
20 Brandenburg
24 Bremen
28 Hamburg
32 Hessen
36 Mecklenburg-Vorpommern
40 Niedersachsen
44 Nordrhein-Westfalen
48 Rheinland-Pfalz
52 Saarland
56 Sachsen
60 Sachsen-Anhalt
64 Schleswig-Holstein
68 Thüringen

Praxisbeispiele

74 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM BAYERN:**
Modellvorhaben Augsburger Netzwerk zur Prävention von Salafismus

76 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM HESSEN:**
Beratung und Workshops für Kommunen zu Konflikten rund um die Neuaufnahme von Geflüchteten

78 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM MECKLENBURG-VORPOMMERN:**
Landesvernetzungstreffen aller Projekte für Demokratie und Vielfalt

80 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM NIEDERSACHSEN:**
Stärkung lokaler Präventionsstrategien zu salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit

82 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM SAARLAND:**
Beratungsangebote im Themenfeld der salafistischen Radikalisierung

84 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM SACHSEN:**
Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention

86 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM SCHLESWIG-HOLSTEIN:**
Beratungsangebote für Betroffene rechtsextremer Angriffe und rechter Hetze

88 **LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM THÜRINGEN**:
Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Die Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland setzen sich jeden Tag für ein vielfältiges, gewaltfreies und respektvolles Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie seit 2015 das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ziel ist es, vor allem junge Menschen gegen menschen- und demokratiefeindliche Einstellungen stark zu machen.

Das Programm setzt auf verschiedenen Ebenen an: Es werden Projekte sowohl mit kommunalem als auch mit regionalem und überregionalem Schwerpunkt gefördert. In jedem Bundesland unterstützen Landes-Demokratiezentren die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten. Darüber hinaus koordinieren sie die Arbeit der Beratungs- und Präventionsangebote und fungieren als Ansprechpartner für Hilfesuchende.

Diese Broschüre stellt die Landes-Demokratiezentren und ihre Beratungsangebote vor, listet die Kontaktmöglichkeiten auf und verdeutlicht anhand einiger Beispiele aus der Arbeit der Zentren ihr breit gefächertes Aufgabenspektrum.

Demokratie leben!
Nachhaltige Strukturen
Kommunen
Partnerschaften für Demokratie
Länder
Landes-Demokratiezentren
Bund
Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger
Modellprojekte in den Themenfeldern
Ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiestärkung im ländlichen Raum
Radikalisierungsprävention
Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt
Demokratieförderung im Bildungsbereich
Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft
Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz
Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe
Forschung, Öffentlichkeitsarbeit, Begleitprojekte, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Programmvernetzung und wissenschaftliche Begleitung

Was ist ein Landes-Demokratiezentrum?

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat – in enger Zusammenarbeit mit den Landesministerien – beginnend ab 2007, den Aufbau von landesweiten Beratungsnetzwerken gefördert. Sie verknüpfen die vor Ort vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote. Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden sie zu Demokratiezentren weiterentwickelt.

Die wichtigsten Aufgaben der Landes-Demokratiezentren sind:

- Bündelung aller im jeweiligen Land durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt von Bund, Land und Kommunen sowie Vernetzung aller relevanten Akteurinnen und Akteure
- Gewährleistung von Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den lokalen Partnerschaften für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
- Sichtbarmachung der im Land geleisteten Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt
- Fachlicher Ansprechpartner für Akteurinnen und Akteure innerhalb und außerhalb des Bundesprogramms
- Koordinierung der verschiedenen Beratungsangebote zu demokratie- und menschenfeindlichen Phänomenen, insbesondere der Mobilen Beratung, der Opferberatung und der Distanzierungs- bzw. Ausstiegsberatung

Beratungsangebote der Landes-Demokratiezentren

Mobile Beratung

Wer von menschen- oder demokratiefeindlichen Vorfällen betroffen ist, kann sich an die Teams der Mobilen Beratung wenden. Die Mobile Beratung leistet kompetente Hilfe in Krisensituationen und gibt fachlichen Beistand. In Anspruch nehmen können das Angebot Einzelpersonen wie zum Beispiel Sozialarbeiterinnen und –arbeiter, aber auch Institutionen wie Schulen, Gemeinden, Betriebe oder Freizeiteinrichtungen.

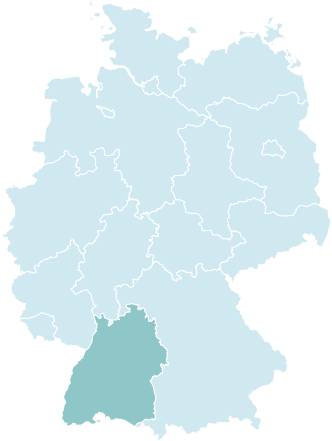
Opferberatung

Menschen, die mit rechtsextremem, rassistischem oder menschenfeindlichem Motiv bedroht, beleidigt oder angegriffen wurden, bekommen bei den Opferberatungsstellen Unterstützung. Die Betroffenen erhalten unter anderem einen geschützten Raum, um über das Erlebte zu sprechen, Beratung zu juristischen Fragen, Unterstützung bei Polizei- und Behördengängen und Hilfe bei der materiellen Bewältigung der Taten.

Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher Gruppierungen lösen wollen, erhalten hier Hilfe. Dies beinhaltet die Unterstützung beim Aufbau eines neuen sozialen Umfelds oder beim Einschlagen neuer beruflicher bzw. schulischer Perspektiven. Auch Angehörige können das Beratungsangebot nutzen. Darüber hinaus werden von vielen Landes-Demokratiezentren zusätzliche Beratungsleistungen angeboten. Hierbei werden bereits vorhandene Strukturen und länderspezifische Bedarfe berücksichtigt.

Baden-Württemberg



Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle Demokratiezentrum - Jugendstiftung Baden-Württemberg
www.demokratiezentrum-bw.de
E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de
Tel.: 07042 831717

Das Landes-Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist ein Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismus, Menschenrechtsbildung und Demokratieförderung. Mit Beratung, Angeboten und Programmen unterstützt das Landes-Demokratiezentrum all diejenigen, die Formen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten. Die Landeskoordinierungsstelle bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg setzt das Landes-Demokratiezentrum verantwortlich im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg um. Sie koordiniert die Arbeit der Fachstellen, organisiert das Netzwerk „Demokratie leben! Baden-Württemberg“ und steuert die strategischen Kooperationen des Landes-Demokratiezentrums.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Tel.: 07042 831730
E-Mail: beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de

Fachstelle „mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts“
Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO)
Tel.: 0711 896915-23 oder -26
E-Mail: beratungsnetzwerk@lago-bw.de

Kontaktstellen Opferberatung

Fachstelle „LEUCHTLINIE“ – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.
Tel.: 0711 88899933
E-Mail: kontakt@leuchtlinie.de
www.leuchtlinie.de

Jugendstiftung Baden-Württemberg
Tel.: 07042 831730
E-Mail: beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de

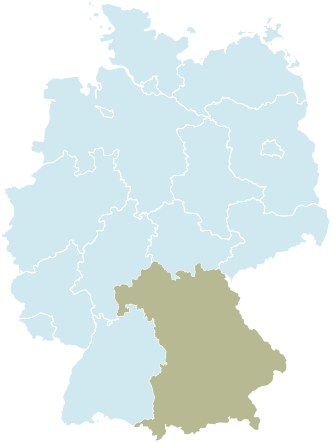
Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

„FEX – Fachstelle Extremismusdistanzierung“
LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.
Tel.: 0711 1656475
Mobil: 0173 7489612
E-Mail: fex@demokratiezentrum-bw.de

Vernetzungs- und Fachstelle religiös begründeter Extremismus

Fachstelle „PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus“
Jugendstiftung Baden-Württemberg
Tel.: 07042 831711
Mobil: 0171 6234221
E-Mail: prevention@demokratiezentrum-bw.de

Bayern



Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
c/o Bayerischer Jugendring Körperschaft des öffentlichen Rechts
www.lks-bayern.de
E-Mail: lks@bjr.de
Tel.: 089 5145838

Die Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“ ist seit November 2007 eine der zentralen Fach- und Anlaufstellen in den Themenfeldern Rechtsextremismus und Rassismus in Bayern. Neben der landesweiten Vernetzung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure besteht eine der Hauptaufgaben der Landeskoordinierungsstelle in der Steuerung verschiedener, bayernweit tätiger Beratungsstellen und -angebote. Darüber hinaus organisiert sie auch eigene, themenfeldbezogene Fachveranstaltungen und ist an der Konzeption und Weiterentwicklung landesweiter Handlungsstrategien beteiligt. Im Rahmen des Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus ergänzt die Landeskoordinierungsstelle die Angebote der im sicherheitspolitischen Bereich zu verortenden Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) um einen gesamtgesellschaftlich orientierten Ansatz zur

langfristigen, nachhaltigen Stärkung der Zivilgesellschaft. Als Landes-Demokratiezentrum im Bereich Rechtsextremismus vernetzt die Landeskoordinierungsstelle zudem die 24 Partnerschaften für Demokratie in Bayern und steht in regelmäßigem Austausch mit den aus „Demokratie leben!“ geförderten Modellprojekten. Sie ist als eine eigene Einrichtung beim Bayerischen Jugendring angesiedelt und arbeitet eng mit der Organisationseinheit Radikalisierungsprävention im Bayerischen Sozialministerium zusammen.

Diese ergänzt die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle im Bereich der Salafismusprävention sowie darüber hinaus in der phänomenübergreifenden Prävention und ist Teil einer entsprechenden interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Bayerischen Innenministeriums. Sie ist Ansprechpartnerin für Fragen der Radikalisierungsprävention, insbesondere für Projektförderungen, sowie für die Förderprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“ in Bayern.

Kontaktstelle Mobile Beratung

Die Mobile Beratung erfolgt in Bayern dezentral. Das Landes-Demokratiezentrum vermittelt bei Bedarf die zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner.

Kontaktstelle Opferberatung

B.U.D. e. V. Verein zur Beratung, Unterstützung und Dokumentation für Betroffene von extreme rechter und rassistischer Gewalt und Bedrohung
www.bud-bayern.de
E-Mail: info@bud-bayern.de

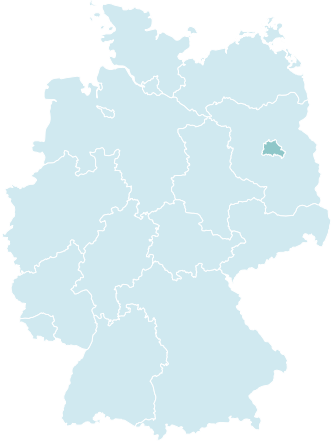
Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Deutsches Erwachsenenbildungswerk Straubing
FIRE Frühintervention Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Niederbayern
Tel.: 09421 189850
E-Mail: straubing@deb-gruppe.org

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Ufuq e. V. Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung
Tel.: 0821 65078560
E-Mail: serpil.dursun@ufuq.de

Berlin



Landes-Demokratiezentrum

Landes-Demokratiezentrum für Vielfalt und Respekt
www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/landesdemokratiezentrum/
E-Mail: Stanislawa.Paulus@SenJustVA.Berlin.de
Tel.: 030 90281856

Das Landes-Demokratiezentrum Berlin ist an der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung in der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung im Fachbereich der Demokratieförderung angesiedelt. Das Landes-Demokratiezentrum stellt Angebote der Mobilen Beratung, der Ausstiegsberatung sowie der Opferberatung im Land Berlin sicher. Ein Modellprojekt zur Islamismusprävention zielt auf Beratung und Begleitung von pädagogischem Fachpersonal zu den Themenfeldern Islamismus und Radikalisierungsprävention. Darüber hinaus koordiniert das Landes-Demokratiezentrum die Vernetzung und den Fachaustausch

- von über 70 Berliner Projekten der Präventionsarbeit, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden,
- von 14 bezirklichen Partnerschaften für Demokratie,

- und von ca. 50 Projekten des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“.

Die regelmäßigen Angebote des Fachaustauschs und der Vernetzung zielen darauf ab, die Demokratieförderung und die Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sowie religiös begründetem Extremismus im Land Berlin zu stärken. Dabei nimmt das Landes-Demokratiezentrum eine wichtige Funktion in der Umsetzung und Weiterentwicklung der Berliner Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ein. Diese Arbeit wird durch das Berliner Beratungsnetzwerk flankiert, in dem Projektträger, Verwaltung und Wissenschaft über aktuelle Herausforderungen und Präventionsstrategien beraten.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK e. V)
Tel.: 030 817985810
E-Mail: info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

Stiftung SPI – Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung – sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“
Tel.: 030 41725628 und 030 4423718
E-Mail: mbtberlin@stiftung-spi.de
www.mbt-berlin.de

CROSSROADS – Beratung • Vorbeugung • Deradikalisierung
Beratungs- und Interventionsprojekt von Violence Prevention Network zur Radikalisierungsvermeidung bzw. Deradikalisierung junger Menschen in Berlin
Tel.: 030 28852750
E-Mail: crossrads@violence-prevention-network.de
www.beratungstelle.crossroads-berlin.net

Kontaktstelle Opferberatung

ReachOut
Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Tel: 030 69568339
E-Mail: info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Ufuq.de – Protest, Provokation, Propaganda – Fortbildung, Begleitung, Beratung von pädagogischen Fachpersonal in der Islamismusprävention
Tel.: 030 98341051
E-Mail: info@ufuq.de
www.ufuq.de/protest-provokation-und-propaganda-fortbildungen

Brandenburg

Landes-Demokratiezentrum

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ / Bündnis für Brandenburg
www.tolerantes.brandenburg.de
E-Mail: tolerantes.brandenburg@stk.brandenburg.de
Tel.: 0331 8661170

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ bündelt alle Maßnahmen zur Umsetzung des gleichnamigen Handlungskonzepts. Die Landesregierung setzt sich mit diesem Leitbild seit vielen Jahren für eine offene und freiheitliche Gesellschaft ein, in der sich ein starkes Netzwerk gebildet hat, das tatkräftig an der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens beteiligt ist. Um dieses Ziel zu erreichen, berät und steuert die Koordinierungsstelle ressortübergreifende Vorhaben, unterstützt und entwickelt Strategien für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und trägt zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei. Die Koordinierungsstelle fördert das Engagement der Zivilgesellschaft, verknüpft staatliche Institutionen und Programme wie die Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“ mit Trägern und mit der Zivilgesellschaft. Im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ stellt die Koordinie-

rungsstelle das Landes-Demokratiezentrum dar. Eine besondere Aufgabe übernimmt die Koordinierungsstelle bei der Steuerung des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dies ist ein Verbund von Expertinnen und Experten mit unterschiedlichem Fachwissen zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung. Im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen wird das „Tolerante Brandenburg“ von vielfältigen Partnerinnen und Partner unterstützt. Unter dem Dach „Tolerantes Brandenburg“ vereinen sich zum Beispiel Verwaltung, Gewerkschaften, Verbände sowie Unternehmen. Sie bekennen sich damit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und setzen sich für die Stärkung der Demokratie ein.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335 5009664
E-Mail: mbt-ff@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Angermünde
Tel.: 03331 299980
E-Mail: mbt-angermuende@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Cottbus
Tel.: 0355 4302441
E-Mail: mbt-cottbus@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Neuruppin
Tel.: 03391 359189
E-Mail: mbt-neuruppin@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Potsdam
Tel.: 0331 5058883
E-Mail: mbt-potsdam@big-demos.de

Mobiles Beratungsteam Regionalbüro Trebbin
Tel.: 033731 32909
E-Mail: mbt-trebbin@big-demos.de

Kontaktstelle Opferberatung

Opferperspektive e. V.
Tel: 0331 8170000
E-Mail: m.reinert@opferperspektive.de und
j.porath@opferperspektive.de

Kontaktstelle Ausstiegs- und Distanzierungsberatung

Ausstiegs- und Distanzierungsberatung (SPI)
Tel.: 0335 3872780
E-Mail: kompakt@stiftung-spi.de

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

RAA Brandenburg- Demokratie und Integration Brandenburg e. V.
Tel.: 0331 747800
E-Mail: info@raa-brandenburg.de

Bremen

Landes-Demokratiezentrum

Demokratiezentrum Land Bremen
www.demokratiezentrum.bremen.de
E-Mail: lks@soziales.bremen.de
Tel.: 0421 36159311 und 0421 36199690

Das Demokratiezentrum Land Bremen ist bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport angesiedelt und setzt sich aus zwei Koordinierungsstellen zu den Themengebieten Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sowie religiös begründete Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit zusammen. Es koordiniert ein umfassendes Angebot an Beratungsangeboten für Betroffene, Ratsuchende und Interessierte. Ein Beirat aus Vertreterinnen und Vertretern von Behörden, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen begleiten die Arbeit des Landes-Demokratiezentrums. Eine „Koordinierungs- und Fachstelle Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ sichert umfassende und ineinandergreifende Beratungsangebote sowie die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren im Themenfeld Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Land

Bremen. Sie ist verantwortlich für die Koordination sowie die fachliche Begleitung und Vernetzung von unterschiedlichen Beratungsstellen und deren Angeboten. Darüber hinaus organisiert sie das „Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ und bündelt alle im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beteiligten Akteurinnen und Akteure im Land Bremen im Themenfeld. Die Koordinierungsstelle ist Erstkontakt- und Anlaufstelle und vermittelt Interessierte und Ratsuchende an passende Beratungs- und Fachstellen. Eine „Koordinierungsstelle religiös begründete Radikalisierung und Muslimfeindlichkeit“ sichert darüber hinaus den Austausch und die Vernetzung aller am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Beteiligten in diesem Themenfeld. Sie begleitet die Modellprojekte in diesem Bereich, ist Erstkontakt- und Anlaufstelle für alle Interessierten und Ratsuchenden und vermittelt bei Bedarf weiter. Die Koordinierungsstelle trägt bestehende Bedarfe zusammen und fördert die Entwicklung weiterer erforderlicher Angebote im Themenfeld.

Kontaktstelle Mobile Beratung

Pro Aktiv Gegen Rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
Tel.: 0421 96038493
E-Mail: proaktiv@vaja-bremen.de
www.facebook.com/pro.aktiv.gegen.rechts/

Kontaktstelle Opferberatung

Soliport – Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten
Tel: 0421 6927222
Mobil: 0175 7818900
E-Mail: soliport@posteo.de

Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Reset – Beratung und Begleitung bei der Lösung vom Rechtsextremismus im Land Bremen
Mobil: 0157 77453638 und 0157 52510527
E-Mail: reset@vaja-bremen.de
www.reset-bremen.de

Beratungsangebot für LSBTIQ-Geflüchtete*

Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e. V.
Tel: 0421 704170
www.ratundtat-bremen.de

Kontaktstellen Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

JAMIL – Jugendarbeit in muslimischen und interkulturellen Lebenswelten
Tel.: 0421 76266 und 0421 76252
Mobil: 0157 59034872 und 0157 59034874
E-Mail: jamil@vaja-bremen.de

Pro Islam – Gegen Radikalisierung und Extremismus – Al-Etidal
Tel.: 0421 388750-55 und -56
E-Mail: info@al-etidal.de
www.al-etidal.de und
www.facebook.com/aletidal

Hamburg

Landes-Demokratiezentrum

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus
E-Mail: LDZ@basfi.hamburg.de
Tel.: 040 428633774

Die Funktion des Landes-Demokratiezentrums nimmt in Hamburg das Referat „Stärkung der Zivilgesellschaft“ der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration wahr. Das Referat ist verantwortlich für die Handlungsfelder „Prävention von Rechtsextremismus“ und „Prävention von religiös begründetem Extremismus“. Hierzu gehört die Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesprogramms zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus „Hamburg – Stadt mit Courage“ sowie des Senatskonzepts zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös begründetem Extremismus und anti-muslimischer Diskriminierung. In beiden Konzepten sind die für Hamburg identifizierten Bedarfe und Handlungsschwerpunkte definiert. Projekte unter freier Trägerschaft ergänzen die Regelsysteme der Fachbehörden und Bezirksämter, wie Schule und Jugendhilfe, und fügen sich in

diese Konzepte ein. Die Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und dem Regelsystem erfolgt unter anderem über die für beide Handlungsfelder bestehenden Beratungsnetzwerke.

Kontaktstelle Mobile Beratung

MBT Hamburg – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus
Tel.: 040 284016-61 oder -68 oder -31
E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

Kontaktstelle Opferberatung

empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Tel.: 040 284016-67 oder -66
E-Mail: empower@hamburg.arbeitundleben.de

Kontaktstellen Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts
Tel.: 0800 565780056
E-Mail: ausstieg@kurswechsel-hamburg.de

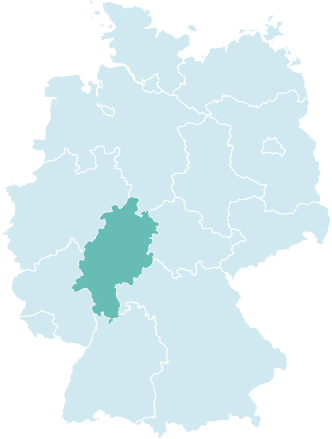
Nordverbund Ausstieg Rechts
Tel.: 0531 1233642 und 05361 8913050
E-Mail: info@arug.de

Kontaktstellen Islamismusprävention

Beratungsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus
E-Mail: netzwerkkoordination@basfi.hamburg.de

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismus
Basis und Woge e.V.
Tel.: 040 3984260
E-Mail: info@basisundwoge.de

Hessen



Landes-Demokratiezentrum

beratungsNetzwerk hessen, Philipps-Universität Marburg
www.beratungsnetzwerk-hessen.de
E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
Tel.: 06421 2821110

Das Landes-Demokratiezentrum Hessen fungiert als Geschäftsstelle des beratungsNetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Dieses bietet ein umfangreiches Angebot, um demokratische Strukturen zu stärken, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder militantem Islamismus vorzubeugen sowie Betroffenen konkret und professionell zu helfen. Dem Beratungsnetzwerk gehören zahlreiche Mitglieder staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Organisationen an. Die Teams beraten Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und weitere Hilfesuchende und bieten Präventionsmaßnahmen an. Das Landes-Demokratiezentrum Hessen ist zentrale Anlaufstelle des Beratungsnetzwerks und vermittelt Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort, koordiniert die Beratung sowie Vernetzung und dokumentiert die Netzwerkarbeit.

Das Landes-Demokratiezentrum Hessen ist – als einziges im Bundesgebiet – an einer Universität, der Philipps-Universität Marburg, angegliedert. Einer der Schwerpunkte liegt daher auf der wissenschaftlichen Arbeit. Aufgabenbestandteile des Landes-Demokratiezentrums sind zum Beispiel Studien, Fachtagungen, Weiterbildungs- und Lehrtätigkeiten oder die Redaktion einer Fachzeitschrift. Das Landes-Demokratiezentrum Hessen hat zwei Regionalstellen: die Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilen Beratungsteam in Kassel und die Regionalstelle Südhessen im „Haus am Maiberg“ in Heppenheim. Die Arbeit des Landes-Demokratiezentrums wird finanziert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie durch das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“, das unter der Verantwortung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport aufgelegt wurde. Das dort ansässige „Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus“ (HKE) ist Ansprechpartner bei Fragen zum Programm und zu Fördermöglichkeiten.

Kontaktstelle Mobile Beratung

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT Hessen e. V.)
Tel.: 0561 8616766
E-Mail: info@mbt-hessen.org
www.mbt-hessen.org

Kontaktstelle Opferberatung

Bildungsstätte Anne Frank „response."
Tel.: 069 56000241
E-Mail: kontakt@response-hessen.de
www.response-hessen.de

Kontaktstellen Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

St. Elisabeth Verein e.V. Rote Linie
Tel.: 06421 8890998
E-Mail: kontakt@rote-linie.net
www.rote-linie.net

Aussteigerprogramm IKARus
Tel.: 0611 835757
E-Mail: ikarus.wbn@t-online.de
www.ikarus-hessen.de

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Den Extremismus entzaubern! Wissen erweitern und Handlungskompetenz stärken.
Violence Prevention Network
Tel.: 069 13822686
E-Mail: Verwaltung@violence-prevention-network.de

Mecklenburg-Vorpommern

Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz
www.beratungsnetzwerk-mv.de
E-Mail: poststelle@lpb.mv-regierung.de
Tel.: 0385 3020911

In Mecklenburg-Vorpommern wurde 2006 durch den Landtag das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ beschlossen. In der Umsetzungsstrategie sind seit 2008 die einzelnen Maßnahmen im Detail beschrieben. Die Aufgaben des Landes-Demokratiezentrums liegen in Mecklenburg-Vorpommern in den Händen der Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz. Die Landeskoordinierungsstelle ist bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt, die zum Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gehört. Die Landeskoordinierungsstelle steuert und koordiniert auf der Grundlage des Landesprogramms und der Umsetzungsstrategie die Prozesse in den Themenfeldern Demokratie und Toleranz, Stärkung der Zivilgesellschaft und Bekämpfung von Rechtsextremismus.
Wie die Umsetzungsstrategie darlegt, werden alle in diesen Themenfeldern wirkenden Bundesprogramme

eingebunden. Die Landeskoordinierungsstelle verfolgt eine ganzheitliche Strategie zur Demokratiestärkung, die eine Querschnittsaufgabe allen politischen Handelns ist. Der Ansatz, Prävention, Integration und Intervention als die drei grundlegenden Prinzipien des Handelns für Demokratie und Toleranz zu verbinden, wird nachhaltig umgesetzt. Dabei arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen zusammen. Weitere Aufgaben der Landeskoordinierungsstelle sind:

- Organisation des Beratungsnetzwerks Demokratie und Toleranz,
- Förderung der Regionalzentren für demokratische Kultur, der Opferberatung LOBBI e.V., der Ausstiegs- und Distanzierungsbegleitung JUMP und des Betrieblichen Beratungsteams sowie weiterer Projekte zur Demokratiestärkung,
- Koordinierung und Vernetzung der Projekte im Themenfeld,
- zentrale Anlaufstelle für Einzelpersonen, Vereine, Verbände etc. bezüglich aller Anfragen und Beratungswünsche zu den Themen Demokratiestärkung und Rechtsextremismus.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Regionalzentrum für demokratische Kultur Mecklenburgische Seenplatte
Tel.: 0395 5638877
Mobil: 0151 40639223
E-Mail: info@cjd-rz.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock
Tel.: 0381 4031762
Mobil: 0176 20487287
E-Mail: demokratiebildung.mv@akademie.nordkirche.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen
Tel.: 03831 282584
Mobil: 0176 64624079
E-Mail: demokratiebildung.mv@akademie.nordkirche.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald
Tel.: 03971 244920
E-Mail: vorpommern@raa-mv.de

Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg
Tel.: 03874 570220
E-Mail: westmecklenburg@raa-mv.de

Kontaktstellen Opferberatung

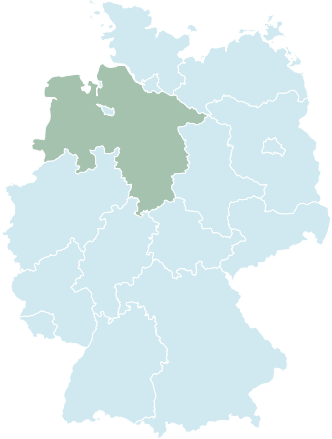
LOBBI West
Tel.: 0381 2009377
Mobil: 0170 5282997
E-Mail: west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tel.: 0395 4550718
Mobil: 0160 8442189
E-Mail: ost@lobbi-mv.de

Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

JUMP
Tel.: 03991 63291952
E-Mail: beratung@jump-mv.de

Niedersachsen



Landes-Demokratiezentrum

Niedersächsisches Demokratiezentrum
www.ldz-niedersachsen.de
E-Mail: landes-demokratiezentrum@lprnds.de
Tel.: 0511 1208712

Das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen entwickelt gemeinsam mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren eine Umsetzungsstrategie für ein demokratisches und beteiligungsorientiertes Zusammenleben, welche in den verschiedenen regionalen und lokalen Kontexten Niedersachsens umgesetzt wird. Neben der zentralen Aufgabe der Demokratieförderung besitzt das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen zwei spezialisierte Arbeitsbereiche zur Prävention von Rechtsextremismus und zur Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit. Diese Einteilung bringt einerseits viele Synergieeffekte und wird andererseits auch jedem der beiden Phänomenbereiche in seinen Besonderheiten gerecht. Im Arbeitsbereich „Prävention von Rechtsextremismus“ werden Aufklärungs- und Informationsangebote zu einer Vielzahl von Themen zielgruppenorientiert aufbereitet und in Form von Vorträgen und Workshops umgesetzt (z. B. Argumentationstrainings, Anti-Gewalt-Work-

shops, Umgang mit Rechtspopulismus). Um ein flächendeckendes Beratungsangebot realisieren zu können, hat das Landes-Demokratiezentrum im Jahr 2017 drei neue Mobile Beratungsbüros in Oldenburg, Verden und Wolfsburg geschaffen. Gleichzeitig startete im selben Jahr die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt mit einem Büro in Hannover und einem weiteren in Oldenburg. Die beiden Betroffenenberatungsstellen werden gemeinsam aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus finanziert. Nicht zuletzt organisiert das Landes-Demokratiezentrum ein staatliches und ein zivilgesellschaftliches Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm und beteiligt sich innerhalb des Nordverbundes an Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten. Das Landes-Demokratiezentrum ist angesiedelt am Niedersächsischen Landespräventionsrat im Niedersächsischen Justizministerium.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Regionalbüro Nord/Ost – WABE e. V.
Mobil: 0152 21359011
E-Mail: rex@wabe-info.de
www.wabe-info.de

Regionalbüro Nord/West – IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e. V.
Tel.: 01573 2883589
E-Mail: rex@ibis-ev.de
www.ibis-ev.de

Regionalbüro Süd/Ost – Zentrum Demokratische Bildung (ZDB)
Tel.: 0152 03431429
E-Mail: rex@arug-zdb.de
www.arug-zdb.de

Kontaktstelle Opferberatung

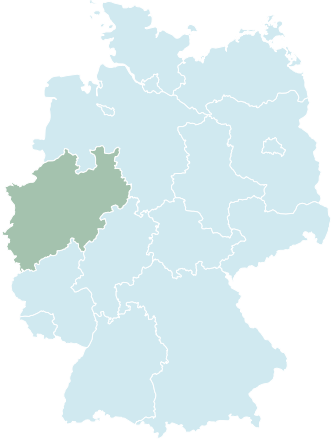
Parteiliche Beratung Niedersachsen e. V.
Tel.: 0157 76464214
E-Mail: hannover@respact-nds.de;
oldenburg@respact-nds.de

Kontaktstellen Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

AussteigerhilfeRechts
Mobil: 0178 7474720
E-Mail: info@aussteigerhilferechts.de
www.aussteigerhilferechts.de

Nordverbund – Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt
Tel.: 0531 1233642 und 05361 8913050
E-Mail: info@arug.de
www.nordverbund-ausstieg.de

Nordrhein-Westfalen



Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
www.nrweltoffen.de
E-Mail: maria.springenberg-eich@mfkjks.nrw.de
Tel: 0211 8374200

Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen wurde 2008 von der Landesregierung eingerichtet. Sie ist Teil der Landeszentrale für politische Bildung. Die Landeskoordinierungsstelle koordiniert und steuert die Arbeit der Beratungs- und Präventionsangebote. Sie entwickelt das qualitätsorientierte Verfahren für Beratungsleistungen gegen Rechtsextremismus auf Landesebene weiter. In diesem Kontext fördert sie die Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, der Opferberatungsstellen und der zivilgesellschaftlichen Aussteigerberatung. Sie ist Schnittstelle zwischen den einzelnen Partnerinnen und Partnern im Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wurde 2012 von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gegründet. Es versteht sich als ein Austausch- und Informationsforum von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Die Landeskoordinierungsstelle ist zudem für die Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Darüber hinaus ist die Landeskoordinierungsstelle für die Umsetzung der Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zuständig. In diesem Rahmen unterstützt sie die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und sorgt für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten, insbesondere der kommunalen Partnerschaften für Demokratie. Die Landeskoordinierungsstelle ist bundesweit gut vernetzt und steht über Tagungen und Fachtreffen in engem Austausch mit den Landeskoordinierungsstellen in den anderen Ländern.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Regierungsbezirk Düsseldorf –
Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz
Tel.: 0202 5632809 und 0202 5632759
E-Mail: info@wuppertaler-initiative.de
www.wuppertaler-initiative.de

Regierungsbezirk Köln – NS-Dokumentationszentrum – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
Tel.: 0221 22127162
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

Regierungsbezirk Arnsberg –
Amt für Jugendarbeit der EKvW
E-Mail: netzwerk@afj-ekvw.de
www.mbr-arnsberg.de

Regierungsbezirk Detmold –
Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford
Tel.: 05221 27572-55 und -54
E-Mail: info@mobile-beratung-owl.de
www.mobile-beratung-owl.de

Regierungsbezirk Münster –
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster – Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
Tel.: 0251 4927109
E-Mail: kontakt@mobim.info
www.mobim.info

Kontaktstellen Opferberatung

Opferberatung Rheinland, c/o IDA-NRW
Tel.: 0211 159255665
E-Mail: info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

BackUp – Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt (Westfalen)
Tel.: 0231 53200940
Mobil: 0172 1045432
E-Mail: contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org und www.facebook.com/backup.nrw

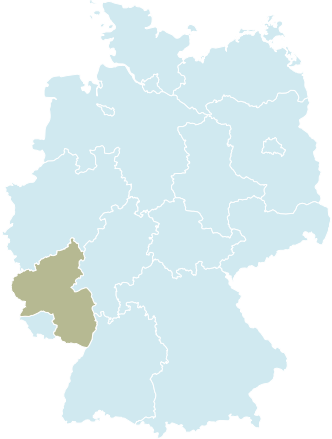
Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene – NinA NRW – RE/init e. V.
Tel.: 0176 93119765
E-Mail: nina.nrw@reinit.de
www.nina-nrw.de

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW
„Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“
Tel.: 0221 9213920
E-Mail: Stefan.schlang@mail.ajs.nrw.de

Rheinland-Pfalz



Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz
www.demokratie-leben-rlp.de
E-Mail: lks-demokratie-leben@lsjv.rlp.de
Tel.: 06131 967185

Das Landes-Demokratiezentrum „Kompetenznetzwerk Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz ist der Zusammenschluss des „Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ mit den aktuell 14 kommunalen Partnerschaften für Demokratie, den Modellprojekten gegen islamistische Radikalisierung und weiteren Partnerinnen und Partnern. Es versteht sich als eine starke aktive landesweite Struktur, die einen wesentlichen Beitrag leistet, Extremismus, Rassismus bzw. unterschiedlichste Formen von Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen sowie Menschen- und Demokratiefreundlichkeit zu stärken. Aktuell umfasst es 58 Mitgliedsorganisationen bzw. Projekte. Die „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben!“ vernetzt und koordiniert das Kompetenznetzwerk. Darüber hinaus hat sie eine besondere Steuerungsfunktion für das Beratungsnetzwerk. Sie ist im Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt angesiedelt. Dort befinden sich weitere, vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“

unabhängige Präventions- und Deradikalisierungsprojekte zu den Themenbereichen Rechtsextremismus/-populismus sowie religiös begründete Radikalisierung. Das „Kompetenznetzwerk Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz ermöglicht bzw. stärkt Begegnung, Austausch und Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen/nichtstaatlichen und staatlichen Organisationen bzw. Gruppierungen auf Augenhöhe. Alle Mitglieder bringen ihre spezifischen Perspektiven, Expertisen bzw. Projekte ein. Unterschiedliche Sichtweisen, Einschätzungen und Handlungsansätze werden akzeptiert. Diese Unterschiedlichkeit wird als wertvoll erachtet. Das Netzwerk stärkt die Wahrnehmung von und die Auseinandersetzung mit relevanten neuen gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. Phänomenen. Es bietet Anregungspotentiale und Unterstützung zur Erarbeitung sowie Umsetzung neuer übergeordneter und organisationsspezifischer Konzepte oder Strategien. Im Rahmen des Beratungsnetzwerks werden dabei immer wieder konkrete Projekte realisiert, wie zum Beispiel ein Planspielprojekt oder ein Projekt zur Stärkung des Umgangs mit rechtspopulistischer Argumentation. Regelmäßige Vernetzungstreffen und Fachtage sowie themenspezifische Veranstaltungen stärken die Fachkompetenz der Mitglieder und fördern den kollegialen Austausch. Nützliche Synergien gibt es im Netzwerk besonderes durch das Zusammentreffen der Themenfelder Rechtsextremismus/-populismus und religiös begründete Radikalisierung.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Beratungsknoten Koblenz/Mittelrhein
Tel.: 0176 62542837
E-Mail: beratungsknoten-ko@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Südwestpfalz
Tel.: 0176 99306815
E-Mail: beratungsknoten-ps@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Nord-West-Pfalz
Tel.: 0157 56306486
E-Mail: beratungsknoten-kl@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Vorder- und Südpfalz – Pfälzischer Verein für Soziale Rechtspflege Vorderpfalz e. V.
Tel.: 0176 56260132
E-Mail: bertungsknoten-lu@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Trier/Eifel
Tel.: 0176 30491263
E-Mail: beratungsknoten-tr@lsjv.rlp.de

Beratungsknoten Westerwald
Tel.: 0151 15397457
E-Mail: beratungsknoten-ww@ljsv.rlp.de

Beratungsknoten Mainz/Rheinhessen
Tel.: 0163 4145236
E-Mail: beratungsknoten-mz@lsjv.rlp.de

Kontaktstelle Opferberatung

Projekt Arbeit & Lernen PAuL e.V.
Tel.: 0176 84607852
E-Mail: kontakt@mpower-rlp.de

Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Rückwege
Tel.: 0800 4546000

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Paritätisches Bildungswerk Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.
„Leitplanke“ – Salutogenetische Prävention religiöser Radikalisierung
Tel.: 02684 9578992
E-Mail: jasso@leitplanke-rlp.de

Saarland

Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
E-Mail: beratungsnetzwerk@soziales.saarland.de
Tel.: 0681 5017260 und 0681 5012057

Das Landes-Demokratiezentrum im Saarland setzt sich für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Lebenslagen, Herkunft, Kultur, Religion und für die Einhaltung der Menschenrechte in einer demokratischen Gesellschaft ein. Um antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen und entgegenzutreten, unterstützt und entwickelt es wirksame Strategien gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit – inklusive der mit diesen Dimensionen zusammenhängenden Formen von Sexismus, Homosexuellenfeindlichkeit sowie Abwertung von Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligten Gruppen. Das Landes-Demokratiezentrum koordiniert und rahmt die Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure. Einbezogen in die Strategien sind vor allem die Fachberatung des Adolf-Bender-Zentrums (Schwerpunkt Rechtsextremismus), die Fachstelle Yallah (Schwerpunkt Salafismus) und die Opferberatungsstelle der Forschungs-

und Transferstelle der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Das Landes-Demokratiezentrum bringt diese Akteurinnen und Akteure im monatlichen Rhythmus als Netzwerk gegen Rechtsextremismus zusammen. In diesem Netzwerk findet ein kontinuierlicher Austausch von Erfahrungen und fachlichem Wissen statt. Es werden gemeinsame Aktivitäten wie Workshops, Fachveranstaltungen und die Öffentlichkeitsarbeit geplant. Des Weiteren wird hier Qualitätsentwicklung und -sicherung betrieben. Darüber hinaus schafft das Landes-Demokratiezentrum eine Verbindung zu allen Akteurinnen und Akteuren im Saarland, die im Rahmen von „Demokratie leben!“ gefördert werden. Regelmäßige Treffen sichern den fachlichen Austausch und die Abstimmung von geplanten Aktivitäten. Da das Landes-Demokratiezentrum im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien angesiedelt ist, gewährleistet die Koordination eine Anbindung an alle relevanten Ministerien des Saarlands sowie an den Landkreistag und den Städte- und Gemeindetag des Saarlandes, die jeweils Vertreterinnen und Vertreter in den Beirat des Landes-Demokratiezentrums entsenden.

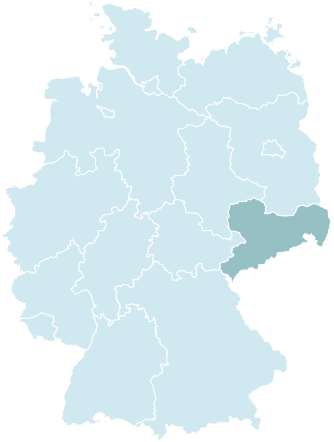
Kontaktstelle Mobile Beratung

Fachstelle gegen Rechtsextremismus – für Demokratie im Adolf-Bender-Zentrum
Tel.: 06851 8082794 und 06851 8082793
Mobil: 0151 55508632 und 0151 55508126
E-Mail: joern.didas@adolf-bender.de
E-Mail: michael.gross@adolf-bender.de
E-Mail: uwe.albrecht@adolf-bender.de

Kontaktstelle Modellvorhaben Islamismusprävention

Yallah – Fach- und Vernetzungsstelle Salafismus im Saarland
Tel.: 0681 5867708
E-Mail: info@salafismusprävention-saar.de

Sachsen



Landes-Demokratiezentrum

Demokratie-Zentrum Sachsen
www.demokratiezentrum.sachsen.de
E-Mail: lks-dz@sms.sachsen.de
Tel.: 0351 56454950

Das Demokratie-Zentrum Sachsen ist ein Kooperationsverbund staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie und gegen extremistische und menschenfeindliche Bewegungen im Freistaat Sachsen engagieren. In der Landeskoordinierungsstelle des Demokratie-Zentrums Sachsen, welche strukturell und organisatorisch im Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz angebunden ist, laufen dabei alle themenbezogenen Informationen zusammen. Die Landeskoordinatoren des Demokratie-Zentrums Sachsen vermitteln Fachreferentinnen und –referenten und organisieren zielgruppenspezifische Veranstaltungen in den Themenfeldern Rechtsextremismus, linke Militanz und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie Homosexuellen- und Transfeindlichkeit. Während im Bereich der Intervention mit dem breiten Angebot der Mobilen, Opfer-, und Ausstiegsberatung die notwendi-

ge Unterstützung gezielt und kostenfrei bereitgestellt werden kann, stehen dem Demokratie-Zentrum mit den im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ geförderten Projekten auch erfahrene Träger im Bereich der Prävention zur Verfügung. Die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA) als ein weiterer Teil des Demokratie-Zentrums Sachsen wendet sich hingegen dezidiert den Themengebieten des gewaltbereiten Islamismus bzw. Salafismus/Jihadismus sowie Islam- und Muslimfeindlichkeit zu. Die Arbeit im Rahmen des Expertengremiums des Demokratie-Zentrums und der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Vielfalt, einem Zusammenschluss der sächsischen Partnerschaften für Demokratie und von Modellprojekten im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, rundet die Tätigkeit des Demokratie-Zentrums Sachsen ab.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.
Tel.: 0351 86276311
Mobil: 0151 11042897
E-Mail: u.seckendorf@institut-b3.de

Kulturbüro Sachsen e. V.
Tel.: 0351 56355539
E-Mail: michael.nattke@kulturbuero-sachsen.de

Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V.
Tel.: 0351 4810067
E-Mail: miro.jennerjahn@netzwerk-courage.de

Kontaktstelle Opferberatung

RAA Sachsen e. V. – Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt
Tel.: 0351 5002567
E-Mail: robert.kusche@raa-sachsen.de

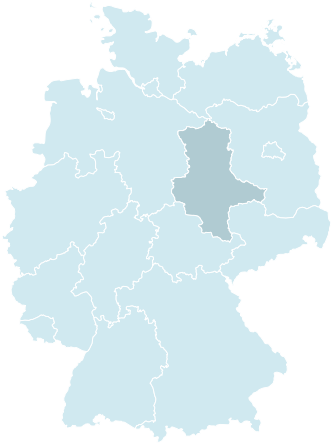
Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Aussteigerprogramm Sachsen
Mobil: 0173 9617643
E-Mail: kontakt@aussteigerprogramm-sachsen.de

Kontaktstelle Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Demokratie-Zentrum Sachsen
Tel.: 0351 564-54950
E-Mail: lks-dz@sms.sachsen.de

Sachsen-Anhalt



Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle – Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt
www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de
E-Mail: Hildegard.Rode@ms.sachsen-anhalt.de
Tel.: 0391 5674653

Die bereits 2007 eingerichtete Landeskoordinierungsstelle übernimmt die Funktion des Landes-Demokratiezentrums im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Zentrale Aufgabe der Landeskoordinierungsstelle ist die Steuerung und Koordinierung aller Projekte und Aktivitäten der Demokratieförderung, die im Rahmen des Bundesprogramms in Sachsen-Anhalt durchgeführt werden. Die Grundprinzipien der Arbeit beruhen auf der Stärkung einer demokratischen Alltagskultur und der Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt. Zur Gewährleistung des Informationsflusses und des Erfahrungsaustausches werden neben landesweiten Veranstaltungen regelmäßige Vernetzungstreffen des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus, der lokalen Partnerschaften für Demokratie sowie der Modellprojekte von „Demokratie leben!“ durchgeführt. Im Jahr 2015 wurde ergänzend ein Präventionsprojekt gegen politischen Islamismus

begonnen, das primär Bildungs-, Aufklärungs- und Begegnungsarbeit leistet. Die Landeskoordinierungsstelle ist im Stabsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration angesiedelt. Im Jahr 2016 wurde das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in die Zuständigkeit der Landeskoordinierungsstelle überführt, so dass eine enge Verzahnung zwischen Landes- und Bundesprogramm realisiert werden kann. Mit Bezug auf die Zunahme rassistischer und menschenverachtender Agitation im Kontext steigender Flüchtlingszahlen sowie der Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte wurde das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit konzeptionell aktualisiert. Das Landesprogramm wird fachlich von einem zivilgesellschaftlichen Beirat begleitet, in dem Vereine und Institutionen aus dem Themenfeld mitarbeiten.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Region Sachsen-Anhalt Nord – Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Miteinander e. V.
Tel.: 03901 3059962 und 03901 306432
E-Mail: rbt.rzn@miteinander-ev.de

Region Sachsen-Anhalt Mitte – Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Miteinander e. V.
Tel.: 0391 6207745 und 0391 6207740
E-Mail: rbt.gs@miteinander-ev.de

Region Sachsen-Anhalt Süd – Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Miteinander e. V.
Tel.: 0345 5237214 und 0345 2267101
E-Mail: rbt.rzs@miteinander-ev.de

Region Sachsen-Anhalt Süd-West – Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Freiwilligen-Agentur Halle/Saalekreis e. V.
Tel.: 0345 69492180
E-Mail: rbt.sw@freiwilligen-agentur.de

Region Sachsen-Anhalt Ost – Projekt GegenPart – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Anhalt, Alternatives Jugendzentrum Dessau e. V.
Tel.: 0340 6612395 und 0340 6612395
E-Mail: opferberatung@datel-dessau.de

Kontaktstellen Opferberatung

Region Sachsen-Anhalt Nord – Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, Miteinander e. V.
Tel: 03901 306431 und 03901 306432
Mobil: 0170 2904112 und 0175 6638710
E-Mail: opferberatung.nord@miteinander-ev.de

Region Sachsen-Anhalt Mitte – Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, Miteinander e. V.
Tel.: 0391 5446710 und 0391 5446711
Mobil: 0170 2948352 und 0170 2925361
E-Mail: opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Region Sachsen-Anhalt Süd/Süd-West – Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt, Miteinander e. V.
Tel: 0345 2267100 und 0345 2267101
Mobil: 0170 2948413, 0151 53318824 und 0175 1622712
E-Mail: opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Region Sachsen-Anhalt Ost – Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten, Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
Tel.: 0340 2660213 und 0340 2660213
E-Mail: buero@projektgegenpart.org

Schleswig-Holstein

Landes-Demokratiezentrum

Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein (LDZ)
www.landesdemokratiezentrum-sh.de
E-Mail: info@ldz-sh.de
Tel.: 0431 9883130

Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein bündelt die Ressourcen der Bundes- und Landesprogramme in den Bereichen Extremismusprävention und -intervention sowie Demokratieförderung. Besondere Schwerpunkte liegen hierbei auf der Vorbeugung und Bekämpfung von rechts- und religiös motiviertem Extremismus sowie von anderen rechtsstaatsfeindlichen Phänomenen wie zum Beispiel Islamfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit. Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein ist beim Landespräventionsrat im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein angesiedelt und koordiniert die Mobile, Opfer- sowie Distanzierungs- und Ausstiegsberatung in Schleswig-Holstein. Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein ist Ansprechpartner insbesondere für die Akteurinnen und Akteure im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und für das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Darüber hinaus ist es für die Ausgestaltung einer nachhaltigen

Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene verantwortlich. Bei seiner Arbeit orientiert sich das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein an einem „Strategiekompass“ mit vier grundsätzlichen Strategielinien. Prävention, Vernetzung, Intervention und Demokratieförderung sind Elemente, die sinnvoll miteinander verbunden werden müssen, um Extremismus wirksam zu verhindern und Demokratie zu fördern. Im geförderten Landesmodellvorhaben des Landes-Demokratiezentrums „Weltwege“ sollen Jugendliche unterschiedlicher Herkunft politische Urteils- und Handlungskompetenz sowie Medienkompetenz erlernen, indem sie Inhalte für Online-Blogs, Podcasts, Filme und Printprodukte erarbeiten und veröffentlichen. Das Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und durch die beiden Landesprogramme zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung sowie zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus.

Kontaktstellen Mobile Beratung

Regionales Beratungsteam Kiel –
Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
(Stadt Kiel, Stadt Neumünster, Kreise Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Plön)
Tel.: 0431 2606873 und 0431 66719513
E-Mail: kiel@rbt-sh.de
www.rbt-sh.de

Regionales Beratungsteam Flensburg –
Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
(Stadt Flensburg, Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland)
Tel.: 0461 48065160
E-Mail: flensburg@rbt-sh.de
www.rbt-sh.de

Regionales Beratungsteam Itzehoe –
Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
(Kreise Steinburg, Dithmarschen und Pinneberg)
Tel.: 04821 7796012
E-Mail: itzehoe@rbt-sh.de
www.rbt-sh.de

Regionales Beratungsteam Lübeck –
Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
(Stadt Lübeck, Kreise Ostholstein, Stormarn und Herzogtum Lauenburg)
Tel.: 0451 7988418
E-Mail: luebeck@rbt-sh.de
www.rbt-sh.de

Kontaktstelle Opferberatung

Zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe
Tel.: 0431 30140379
E-Mail: info@zebraev.de
www.zebraev.de

Kontaktstellen Landesmodellvorhaben Islamismusprävention

Kast e. V. (Kieler Antigewalt- und Sozialtraining)
Tel.: 0170 5494484
E-Mail: team.kast@antigewalt-kiel.de
www.antigewalt-kiel.de

Deutscher Grenzverein e. V.
Tel.: 04630 90500
E-Mail: grenzverein@t-online.de

Kontaktstellen Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

Kast e. V. (Kieler Antigewalt- und Sozialtraining) Beratungsstelle Ausstieg- und Distanzierung aus dem rechtsextremen Spektrum
Tel.: 0176 62435578
E-Mail: team.kast@antigewalt-kiel.de
www.antigewalt-kiel.de

PROvention – Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus
Tel.: 0431 7394926
E-Mail: provention@tgsh.de
www.provention.tgsh.de

Thüringen

Landes-Demokratiezentrum

Landeskoordinierungsstelle des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in Thüringen
www.denkbunt-thueringen.de/foerderung/bundesprojekte
E-Mail: anja.zachow@tmbjs.thueringen.de
Tel.: 0361 573411422

In Thüringen werden alle Maßnahmen, Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gebündelt. Die Koordination des Programms erfolgt im Rahmen des Landes-Demokratiezentrums im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS). Kernaufgaben dieser Koordinierungsstelle sind die Vernetzung aller Akteure im Themenfeld sowie die strategische Weiterentwicklung des Programms. Regelmäßige Netzwerktreffen stellen den Informationsfluss und den Erfahrungsaustausch der Akteure unter Einbezug weiterer Bundesprogramme sicher. Als beratende Gremien des Landes-Demokratiezentrums gewährleisten der Interministerielle Arbeitskreis sowie der Programmbeirat einen engen Austausch mit politischen und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern.

Als besonders öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen finden jährlich eine Sommertagung und im Herbst die festliche Verleihung des Thüringer Demokratiepreises statt. Der durch die Sommertagung angeregte Fach- und Informationsaustausch trägt zur dialogischen Weiterentwicklung des Landesprogramms bei. Die Preisverleihung wiederum macht gute Beispiele aus der Präventionsarbeit sichtbar und würdigt das große Engagement der Thüringer Bürgerinnen und Bürger für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Die Mobile Beratung, die Opferberatung und die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sind im Rahmen des Landes-Demokratiezentrums feste Bestandteile einer nachhaltigen Beratungsstruktur auf Landesebene.

Kontaktstelle Mobile Beratung

Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus (MOBIT)
Tel.: 0361 2192694
E-Mail: mail@mobit.org

Kontaktstelle Opferberatung

Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (EZRA)
Tel.: 0361 21865133
E-Mail: info@ezra.de

Kontaktstelle Distanzierungs- und Ausstiegsberatung

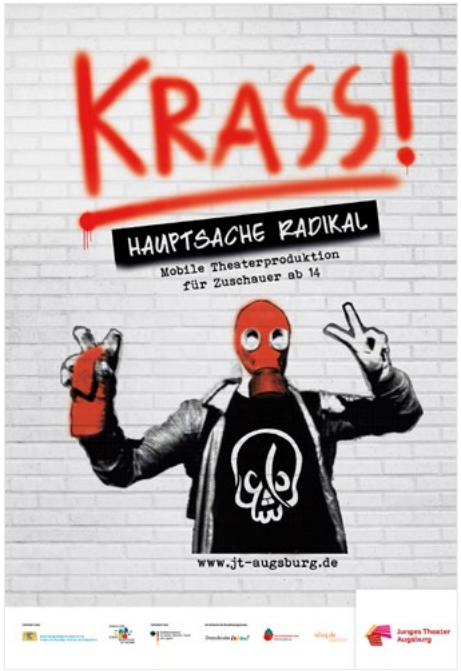
Thüringer Beratungsdienst – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt (Drudel 11 e. V.)
Tel.: 03641 299074
E-Mail: info@ausstieg-aus-gewalt.de

Praxisbeispiele

Landes-Demokratiezentrum Bayern: Modellvorhaben Augsburger Netzwerk zur Prävention von Salafismus

Radikale Einstellungen sind oft sehr früh im Alltagsverhalten zu erkennen. Deshalb müssen Akteurinnen und Akteure vor Ort in die Lage versetzt werden, Anzeichen von Radikalisierung frühzeitig wahrzunehmen und gegenzusteuern. Deswegen fördert die Organisationseinheit Radikalisierungsprävention im Bayerischen Sozialministerium den Aufbau kommunaler Netzwerke gegen Salafismus. Das **Augsburger Netzwerk zur Prävention von Salafismus** dient dabei als Modellkommune. Als solche erarbeitet es Leuchtturmprojekte, deren Konzepte nach erfolgreicher Pilotierungsphase an die lokalen Strukturen anderer Kommunen angepasst werden können. Exemplarisch können zwei Projekte genannt werden, die bayernweit ausgerollt werden:

- Das Impuls-Theaterstück **Krass! Hauptsache radikal** spricht Jugendliche und ihr Umfeld auf das Thema Extremismus an. Es wird mobil vor allem in Schulen aufgeführt und sowohl mit den Jugendlichen als auch mit den pädagogischen Fachkräften vor- und nachbereitet.
- Das Projekt **MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg** möchte Musliminnen und Muslimen in schwierigen Lebenssituationen den notwendigen Rückhalt geben. Die derzeit etwa 45 aktiven Augsburger Seelsorgerinnen und Seelsorger begleiten Betroffene ehrenamtlich in ihrer jeweiligen Muttersprache.



ANT WORTEN AUF SALAFISMUS
Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung

Muslimische SEELSORGE AUGSBURG
musa

Bildnachweis: Landes-Demokratiezentrum Bayern (alle Bilder)

Landes-Demokratiezentrum Hessen: Beratung und Workshops für Kommunen zu Konflikten rund um die Neuaufnahme von Geflüchteten

Die gestiegene Zahl der Geflüchteten wirft in vielen Kommunen Fragen auf: Kurzfristig mussten Unterkünfte gesucht werden, vielerorts gründeten sich Bürgerinitiativen, die sich gegen eine höhere Zahl von Geflüchteten wehren, und in etlichen Fällen nutzen rechtsextreme Gruppierungen diese als Plattform für die Verbreitung ihrer Ideologien. Das **Demokratiezentrum Hessen** bietet seit 2014 gezielt eine „proaktive Beratung" von Kommunen bei der Neuaufnahme und Integration von Geflüchteten an. Es unterstützt und berät im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie Geflüchteten:

- im Vorfeld zur Vermeidung von Konflikten und zur Deeskalation im Gemeinwesen,
- zum Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten,
- die örtliche Zivilgesellschaft zur Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort.

Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern wie der Diakonie Hessen und dem Hessischen Flüchtlingsrat wurden die Beraterinnen und Berater in Hessen für die spezifischen Herausforderungen dieses neuen Aufgabenfeldes fortgebildet.

beratungsNetzwerk hessen
Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

„Bürgermeister-Workshops“

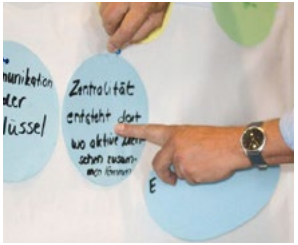
Neben der proaktiven Beratung werden seit 2015 in Kommunen Workshops für Ehrenamtliche, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angeboten, die die Sensibilisierung und Stärkung von lokal verantwortlichen Personen im Umgang mit fremdenfeindlichen Stimmungen zum Ziel haben.

Bildnachweis: Landes-Demokratiezentrum Hessen (alle Bilder)

Landes-Demokratiezentrum Mecklenburg-Vorpommern: Landesvernetzungstreffen aller Projekte für Demokratie und Vielfalt

Am 16./17. Juni 2017 fand in Linstow das zweite Vernetzungstreffen „Willkommen im Dorf!?“ als Forum der Bundesprogramme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Demokratie leben!“ in Mecklenburg-Vorpommern statt. Eingeladen waren auch die Akteurinnen und Akteure des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“. Die Landeskoordinierungsstelle plante die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit Projekten der verschiedenen Programme. Ein zentrales Thema des Treffens war die besondere Situation der Beratungs- und Bildungsarbeit in ländlichen Räumen. Im Rahmen von Vorträgen, Workshop-Diskussionen und Einzelgesprächen hatten die regionalen Akteurinnen und Akteure die Gelegenheit, die **landesweite Vernetzung und Zusammenarbeit** zu intensivieren und Projektideen sowie methodische Ansätze zur Förderung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen auszutauschen. Nach Impulsvorträgen am ersten Tag hatten die Teilnehmenden am zweiten Tag selbst die Gelegenheit, in verschiedenen von Expertinnen und Experten geleiteten Workshops zu Themen wie „Angebote und Teilhabemöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum“ und „Zugänge zum Dorf finden – Beteiligung, Methoden, Netzwerkanalyse“ zu diskutieren. Die Veranstaltung zeigte, dass Projekte zum Engagement für Demokratie und Vielfalt nicht am Schreibtisch entstehen, sondern vor Ort ausgefüllt

und gelebt werden. Die durch das Treffen entstandenen **Synergieeffekte zwischen den drei verschiedenen Demokratieförderprogrammen** sprechen für den hohen Stellenwert und Innovationsgrad solcher vernetzenden Zusammenkünfte. Viele Teilnehmende sehen einer weiteren Veranstaltung dieser Art hoffnungsvoll entgegen.



LpB MECKLENBURG - VORPOMMERN
Landeszentrale für politische Bildung

Bildnachweis: Landes-Demokratiezentrum Mecklenburg-Vorpommern (alle Bilder)

Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen:
Stärkung lokaler Präventionsstrategien zu salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit

Politische und gewaltorientierte Salafisten reduzieren die Bedeutung und Vielfalt der islamischen Religion auf eine Einteilung der Menschen in Gläubige und Ungläubige. Rechtspopulisten und Rechtsextremisten wiederum nutzen ein ideologisiertes Islambild, um Ängste und Feindlichkeit gegenüber Musliminnen und Muslimen zu schüren. Beide säen Misstrauen und stören gezielt das friedliche und demokratische Miteinander von Menschen vielfältiger religiöser und weltanschaulicher Identitäten – vor allem auf lokaler Ebene. Das niedersächsische Landes-Demokratiezentrum fördert deshalb eine wissensbasierte, vernetzte und durch gegenseitige Wertschätzung angeleitete Prävention im Themenfeld „salafistische Radikalisierung und Islamfeindlichkeit“. Hierbei liegt das Augenmerk auf der **Stärkung lokaler Präventionsstrategien:** Vorhandene Ressourcen werden genutzt und mit zusätzlichem Wissen, erweiterten Handlungsoptionen und einem umfangreichen Netzwerk verbunden. Das Demokratiezentrum unterstützt lokale Zivilgesellschaft und Verwaltung unter anderem durch Wissensvermittlung und Sensibilisierung in Vorträgen und Fortbildungen, bei der Organisation und Durchführung von Fachtagen, bei der Erarbeitung von konkreten Präventionsmaßnahmen sowie mit einem Netzwerk aus Expertinnen und Experten, NGOs und staatlichen Akteurinnen bzw. Akteuren. Ziel ist die **Schaffung nachhaltiger Präventionsansätze** und von Partizipationsmöglichkeiten vor allem junger Menschen.

Bildnachweis: Photographee.eu/shutterstock.com

Bildnachweis: Rawpixel.com/shutterstock.com (oben und unten rechts)

Landes-Demokratiezentrum Saarland: Beratungsangebote im Themenfeld der salafistischen Radikalisierung

Das Modellvorhaben **„Yallah! Fach- und Vernetzungsstelle Salafismus im Saarland“** berät staatliche Institutionen, Jugendhilfeeinrichtungen und muslimische Gemeinden zum Themenfeld Salafismus. Relevante Akteurinnen und Akteure werden für das Phänomen einer salafistischen Jugend(sub)kultur sensibilisiert. Durch Fortbildungsangebote werden Radikalisierungsursachen und -dynamiken kenntlich gemacht und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, die einer Radikalisierung entgegenwirken können. Das Projekt hat auch zum Ziel, pädagogische Mittel der Radikalisierungsprävention dauerhaft in den Unterricht zu integrieren.

Durch Arbeitsgemeinschaften in Schulen wird im direkten Kontakt zu Schülerinnen und Schüler über Fragen von Zusammenleben, Vielfalt, Demokratie und jugendliche Lebenswelten gesprochen. Durch diese unterschiedlichen pädagogischen Angebote werden Meinungsbildung, Toleranz und Anerkennung in den Schulalltag der Jugendlichen fest verankert. Soweit erforderlich tritt das Projekt auch als Direktberater von betroffenen Jugendlichen, Familien, Freunden und Bekannten auf.

Aus der Arbeit:

Yallah! hat auf Nachfrage mit Schülerinnen und Schüler in einem ersten Schritt durch pädagogische Spiele Ausgrenzungserfahrungen greifbar gemacht, wodurch diese einen erleichterten Einstieg in die Themenfelder Radikalisierungsursachen und -mechanismen hatten. Im direkten Anschluss wurden die Themen gemeinsam aufgearbeitet. Yallah! geht bei seiner Arbeit intensiv auf die persönlichen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler ein.

YALLAH!
salafismusprävention-saar.de

Bildnachweis: Rawpixel.com/shutterstock.com (alle Bilder)

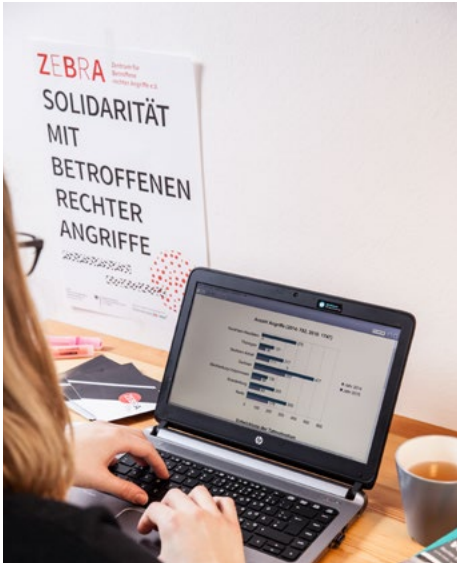
Landes-Demokratiezentrum Sachsen: Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention

Das Landes-Demokratiezentrum Sachsen wirkt durch seine derzeitig fünf Beratungsträger aus dem Beratungsnetzwerk vor allem im Bereich Rechtsextremismus, welcher laut Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre auch einen Extremismusschwerpunkt im Freistaat Sachsen darstellt. So engagieren sich sowohl die drei Träger der Mobilen Beratung (einer davon ausschließlich im Bereich Schule) als auch jene der Opfer- und Ausstiegsberatung schwerpunktmäßig im Kampf gegen rechtsextreme Bewegungen. Dabei orientiert sich die Unterstützung an den Bedürfnissen der Betroffenen und trägt den regionalen Besonderheiten Rechnung. Innerhalb des Landes-Demokratiezentrums wurde die **Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA)** eingerichtet, um angemessen auf die in den letzten Jahren gestiegenen Bestrebungen im Kontext Islamismus/Salafismus im Freistaat zu reagieren. Besonders Leipzig ist ein Schwerpunkt der Szene des politischen Salafismus. Bestrebungen, denen eine Nähe zur Muslimbruderschaft vorgeworfen wird, sind insbesondere in den Kreisstädten aktiv. Die KORA widmet sich gemeinsam mit zwei Beratungsträgern der Sensibilisierung von Personen, die in Kontakt mit radikalisierungsanfälligen Jugendlichen stehen und berät bereits radikalisierte oder von der Radikalisierung bedrohte Personen sowie deren Angehörige.

Bildnachweis: Landes-Demokratiezentrum Sachsen (alle Bilder)

Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein: Beratungsangebote für Betroffene rechtsextremer Angriffe und rechter Hetze

Seit Mitte 2015 verzeichnen die Beratungsstellen in Schleswig-Holstein einen deutlichen Anstieg von Anfragen zu Alltagsrassismus und menschenfeindlichen Äußerungen der Bürgerinnen und Bürger. Bei der Beratungsstelle zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe wird rechte Hetze häufig als Begleiterscheinung von politisch rechtsextrem motivierten Angriffen wahrgenommen. Derlei schriftliche oder verbale Anfeindungen sind ein Merkmal, an dem sich die rechtsextreme Motivation der Täterinnen und Täter erkennen lässt. Die Regionalen Beratungsteams (Einrichtungen des AWO Landesverbands Schleswig-Holstein und der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein) und die Fachstelle für Demokratiepädagogik (bei der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.) beraten und unterstützen in diesem Kontext eine Vielzahl von Personen und Institutionen. Schulungen zum Umgang mit menschenverachtenden Äußerungen, Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen, Hatespeech sowie demokratiepädagogische Angebote zu Diversity und Vorurteilsentwicklung werden von pädagogischem Fachpersonal aus Schulen, Kitas, Institutionen der Erwachsenenbildung und Jugendarbeit sowie von Einzelpersonen angefragt. Auch Institutionen, Vereine, Kommunen oder Betriebe werden unterstützt, um ein Klima zu schaffen, in dem Rassismus und Diskriminierung keinen Raum finden.



Bildnachweis: Landes-Demokratiezentrum Schleswig-Holstein (alle Bilder)

Landes-Demokratiezentrum Thüringen: Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus (MOBIT) berät Initiativen, Projekte und Vereine, Schulen und Jugendarbeit, Verwaltung und Politik sowie Einzelpersonen. Sie unterstützt, begleitet und moderiert kommunale Bürgerbündnisse sowie regionale Netzwerke. Die Vermittlung von Wissen und die Stärkung der Handlungskompetenz und Eigeninitiative für Beratungsnehmende sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind ein wesentlicher Teil des Beratungsangebots. Darüber hinaus können eine Vielzahl von Fortbildungen im Themenfeld Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Beratungskontext in Anspruch genommen werden, so zum Beispiel Fortbildungen zur Wahrnehmung und Deutung extrem rechter Symbole, Strukturen und Musik. MOBIT stellt ein umfangreiches Informationsangebot, Fachliteratur und Arbeitsmaterialien bereit und bietet schnelle, zielgerichtete, bedarfs- und ressourcenorientierte Beratung in individuellen Krisen- und Problemsituationen zu oben beschriebenen Kontexten an. Im Jahr 2016 hat MOBIT sechs Kurzfilme über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Thüringen und menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft erstellt. Die Filmreihe ist unter www.mobit.org öffentlich zugänglich.

Bildnachweis: Landes-Demokratiezentrum Thüringen (alle Bilder)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Zertifikat seit 2003
audit berufundfamilie

Bezugsstelle:
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 030 182722721
Fax: 030 18102722721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag-Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Artikelnummer: 5BR303
Stand: November 2017
Bildnachweis Titel: wavebreakmedia/shutterstock.com
Gestaltung: neues handeln GmbH
Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.